UN-Menschenrechtsbüro: Bis zu 1.400 Tote bei Protesten in Bangladesch

Die UN schätzt, dass bis zu 1.400 Menschen während der Proteste in Bangladesch getötet wurden. Der Bericht erhebt schwere Vorwürfe gegen Sicherheitskräfte und fordert umfassende Ermittlungen.

Das Büro der Vereinten Nationen für Menschenrechte hat am Mittwoch geschätzt, dass in Bangladesch in den drei Wochen letzten Sommers bis zu 1.400 Menschen im Zuge einer repressiven Maßnahme gegen von Studenten geführte Proteste gegen die mittlerweile abgesetzte ehemalige Premierministerin getötet worden sein könnten.

Menschenrechtsverletzungen in Bangladesch

In einem neuen Bericht des in Genf ansässigen Büros wird festgestellt, dass die Sicherheits- und Geheimdienste „systematisch“ in Menschenrechtsverletzungen verwickelt waren, die möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen und einer weiteren Untersuchung bedürfen.

Zahl der Opfer und Verletzten

Der Bericht beruft sich auf „verschiedene glaubwürdige Quellen“ und schätzt, dass zwischen dem 15. Juli und dem 5. August – dem Tag, an dem die langjährige Premierministerin Sheikh Hasina nach Indien floh – bis zu 1.400 Menschen bei den Protesten getötet wurden. Tausende weitere wurden in den Wochen vor und nach den Protesten verletzt, wobei die

überwiegende Mehrheit der Getöteten und Verletzten „von den Sicherheitskräften Bangladeschs erschossen“ wurde.

Festnahmen und Kinderopfer

Über 11.700 Personen wurden in Gewahrsam genommen, so der Bericht unter Berufung auf Informationen aus den Sicherheitsdiensten. Etwa 12 bis 13 % der geschätzten Toten – bis zu 180 Personen – waren demnach Kinder. In einigen Fällen hätten „die Sicherheitskräfte summarische Exekutionen durchgeführt, indem sie unbewaffnete Demonstranten gezielt aus nächster Nähe erschossen“.

Koordination mit der politischen Führung

Der UN-Menschenrechtschef Volker Türk verwies auf Hinweise, dass „außergerichtliche Tötungen, weitreichende willkürliche Festnahmen und Folter“ mit dem Wissen und der Koordination der politischen Führung und der obersten Sicherheitsbeamten durchgeführt wurden, um die Proteste zu unterdrücken.

Einladung zur Untersuchung

Ein UN-Ermittlungsteam wurde auf Einladung des Interimsführers des Landes, des Nobelpreisträgers Muhammad Yunus, nach Bangladesch entsandt, um die Unruhen und die brutale Niederschlagung zu untersuchen. Laut dem Bericht hat die Übergangsregierung Berichten zufolge 100 Festnahmen in Verbindung mit Angriffen auf religiöse und indigene Gruppen durchgeführt. Es wird darauf hingewiesen, dass „viele Täter von Vergeltungsmaßnahmen, Gewalt und Angriffen auf bestimmte Gruppen offenbar weiterhin Straflosigkeit genießen“.

Aktuelle Menschenrechtslage

Die Menschenrechtslage in Bangladesch bleibt kritisch, so das Büro der UN. Obwohl die Regierung gewechselt hat, „hat sich

das System nicht unbedingt verändert“, erklärte Rory Mungoven, Leiter der Regionalabteilung Asien-Pazifik des Menschenrechtsbüros, gegenüber Journalisten. „Viele Beamte und Personen, die unter dem vorherigen Regime gedient oder ernannt wurden, sind weiterhin im Amt“, fügte er hinzu. Eine solche Situation schafft „einen potenziellen Interessenkonflikt“ und könnte Reformen und Verantwortlichkeit behindern.

Empfehlungen zur Verbesserung

Die Ermittler gaben der Regierung zahlreiche Empfehlungen, darunter Schritte zur Verbesserung des Justizsystems und die Einrichtung eines Zeugenschutzprogramms. Zudem wurde empfohlen, den Einsatz von tödlichen Feuerwaffen durch die Sicherheitskräfte zur Auflösung von Menschenmengen zu verbieten, es sei denn, sie sehen sich einer „drohenden Gefahr für Leben oder schwerwiegende Verletzungen“ gegenüber.

Aufruf zur Einhaltung des Rechtsstaats

In einer Erklärung nach der Veröffentlichung des Berichts bekräftigte Yunus das Engagement seiner Regierung für die Wahrung des Rechtsstaats und betonte die Notwendigkeit, die Strafverfolgungs- und Justizsektoren des Landes zu reformieren. „Ich fordere alle, die in diesen Institutionen tätig sind, auf, sich für Gerechtigkeit, das Gesetz und die Menschen Bangladeschs einzusetzen, indem sie ihre eigenen Kollegen zur Rechenschaft ziehen, die das Gesetz gebrochen und die Rechte ihrer Mitbürger verletzt haben“, sagte er.

Ursprung der Proteste

Was als friedliche Demonstrationen von Studenten begann, die mit einem Quotensystem für Regierungsjobs unzufrieden waren, entwickelte sich unerwartet zu einem großen Aufstand gegen Hasina und ihre regierende Awami-Liga-Partei. Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zu Beginn des Juni, die

das Quotensystem wiederherstellte, war der „unmittelbare Auslöser“ für die Proteste, die auch durch langanhaltende Beschwerden über wirtschaftliche Ungleichheit und mangelnde Rechte angeheizt wurden.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at